Bündnis 90/Die Grünen
Bundesschiedsgericht

Beschluss

In dem Wahlanfechtungsverfahren

des Mitglieds [...], [...], [...],

Antragstellers,

g e g e n

die Landesmitgliederversammlung [...] vom 01. November 2003, vertreten durch ihr
Präsidium, [...], [...],

Antragsgegnerin,

hier: Befangenheitsgesuch gegen [...]

Az.: BSchG GRUENE 03-18

hat das Bundesschiedsgericht ohne mündliche Verhandlung am 14. Dezemeber 2003
durch den Vorsitzenden Müller-Gazurek in Abstimmung mit den gewählten Mitgliedern
beschlossen:

**Zur Entscheidung über das Befangenheitsgesuch des Antragstellers gegen
den Vorsitzenden [...] wird das Landesschiedsgericht [...] bestimmt.**

Gründe

I.

Der Antragsteller betreibt ein Parteiordnungsverfahren gegen die Antragsgegnerin.

Er lehnte zunächst den Vorsitzenden des LSchG [...] wegen der Besorgnis der Befangenheit ab. Nachdem die stellvertretende Vorsitzende die dienstliche Erklärung des abgelehnten Schiedsrichters dem Antragsteller nicht im Originalwortlaut, sondern im wesentlichen Inhalt als Zitat mitteilte, lehnte der Antragsteller auch die stellvertretende Vorsitzende wegen der Besorgnis der Befangenheit ab.

Infolgedessen ist nach Mitteilung der Landesgeschäftsstelle [...] das LSchG nicht (mehr) ordentlich besetzt.

II.

Es war daher ein Landesschiedsgericht zu bestimmen:

§ 17 Abs. 4 Ziffer 4 der BS bestimmt, dass, wenn ein (ordentlich besetztes) LSchG nicht (mehr) besteht, das BSchG ein anderes LSchG bestimmt.

Diese Voraussetzungen liegen hier vor, da ein/e abgelehnte/r Schiedsrichter/in gehindert ist, an dem Ablehnungsverfahren mit zu wirken und weitere Nachrücker/innen, die zur Entscheidung befugt wären, nicht vorhanden sind.

Von der Vorschrift des § 17 Abs. 4 Ziffer 4 BS war daher Gebrauch zu machen.